

# Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag

(Beilage zu No. 77.)

30. März 1849.

\* Frankfurt, 29. März.

Die tiefen Wunden, welche in den letzten Tagen des Kampfes um die Verfassung dem stiltlichen Gefühle geschlagen worden, die Hindernisse, welche ihrer Durchführung bereitet werden, dämpfen die Freude über die Vollendung des Werkes und über die Wahl des Kaisers. Der Sieg ist noch nicht unfer; sparen wir den Jubel, rufen wir uns zu neuen schweren Kämpfen. Die Nationalversammlung hat ihr Wort gesprochen, der Nation liegt die Sorge ob, daß es zur That werde. Mögen Andere die Jüge sammeln zu einem Bilde des Anstoßes und des Mergernisses aus den Abstimmungen, die ein lauter Ruf als solche bezeichnete, die gegen die Ueberzeugung des Stimmenden fielen, als Preis für ähnliche Gefälligkeiten für die Vernichtung des Bundesstaates oder für die Annahme der Erblichkeit. So am Montag bei der Abstimmung über das Veto, über die §§ 200 und 202, so am Dienstag bei dem Reichsoberhaupt und bei dem Reichsrathe, wo namentlich die Particularisten sich selbst verleugneten, nur um die Verfassung unannehmbar zu machen. Wir verweisen dabei so wenig, wie bei der eigenthümlichen Physiognomie der Versammlung während dieser Abstimmungen. Eine geübtere Feder mag das Summen und Schwirren unter dem Gewölbe der Paulskirche beschreiben, das Hin- und Herlaufen der Führer, um Befehle anzuhören und Berichte zu geben, die Unaufmerksamkeit vieler bei dem Aufrufe ihres Namens, weil sie eben beschäftigt waren, Schwankende zu bearbeiten, Fehlende herbeizuholen, Zusprüche, Verabredungen, Wahrscheinlichkeitsberechnungen anzuhören. Als aber am Mittwoch Herr Reichensperger, um von der Kaiserwahl abzumachen, an die Consequenz der Gegner Berufung einlegte, der conservative Herr Reichensperger, welcher Tags zuvor mit den Herren v. Bothmer, Schlöffer und v. Schmerling gegen das absolute Veto selbst bei Änderungen der Verfassung gestimmt hatte, da konnte man die volle Bedeutung des Spruches von dem Splitter und dem Balken erkennen lernen. Das ist vorbei, der Kaiser ist gewählt, aber die Gegner des Bundesstaates geben ihr Spiel noch nicht verloren. Von den beiden nächstliegenden Fragen: Wird der König von Preußen die Kaiserwürde auf den Grund der Verfassung annehmen, und werden sämtliche Bundesstaaten dem neuen Bundesstaate beitreten, wird die letztere mit Bestimmtheit verneint, die erste nicht mit Sicherheit bejaht werden können. Wir hoffen, daß die Krone Preußen, daß das Haus Hohenzollern die deutsche Kaiserkrone nicht wird ablehnen wollen und können, daß es die innere und äußere Nothwendigkeit erkennen wird, sich dem deutschen Vaterlande und seiner hohen Bestimmung nicht zu entziehen. Wir wissen, daß überhaupt und namentlich in diesem Falle Oesterreich dem Bundesstaate nicht beitreten wird. Die österreichischen Abgeordneten scheinen aber auch noch fernhin an den Verhandlungen der Nationalversammlung theilnehmen zu wollen, und zu diesem Zwecke noch Verstärkung zu erwarten. Manche Zeichen deuten auf einen Plan, die Centralgewalt zu stürzen, und wenn dies durch die Nationalversammlung gelingen sollte, den Bundestag zu restauriren und die Versammlung aufzulösen. Man hofft, eine Mehrheit für den Vorschlag zu finden, den Reichsverweser auf seinen Wunsch, in Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse, seines hohen Amtes zu entbinden und eine provisorische Einrichtung zu treffen; diese so dann, weil sie von den Regierungen nicht anerkannt ist, durch den einzuberufenden Bundestag zu beseitigen, welcher alsdann auch der Nationalversammlung den Abschied zu geben hätte. Man soll sogar für diesen Plan auf die Mitwirkung Preußens hoffen, ohne welche die Ausführung allerdings bedeutend erschwert sein würde. Mag es sich übrigens damit verhalten, wie es will, so wird jeder redliche deutsche Mann das Opfer dankbar anerkennen, welches der Reichsverweser durch die Erklärung bringt, daß er seine hohe Würde nicht eher niederlegen wolle, bis es ohne Gefahr für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands geschehen kann. Jeder redliche Deutsche wird ferner mit Befriedigung vernommen haben, daß der Reichsverweser das Ministerium Gageru beauftragt hat, die Geschäfte mit voller Amtsgewalt und Verantwortlichkeit bis auf Weiteres zu führen. In diesen Entschlüssen des Reichsverwesers, die seiner deutschen Gesinnung zu hoher Ehre gereichen und das Vertrauen der Nation auf seinen biedern Charakter rechtfertigen, liegt eine starke Bürgschaft gegen die Gefahren, welche eine hinterlistige Politik der Durchführung der Verfassung bereitet. Die Politik von Olmütz hat dem Erzherzog Johann seine Stellung und seinen Beruf nicht erleichtert. Er wird nicht auf ihre Einflüsterungen hören, sondern auf den Rath der Männer, welche er aufs Neue um sich versammelt hat; er wird kein geheimes Cabinet hinter dem Reichsministerium und gegen die Nationalversammlung bilden oder dulden. Er wird wie bisher, so in Zukunft dahin wirken, daß das Verhältniß zwischen dem deutschen Bundesstaate und Oesterreich ein möglichst inniges werde. Die Nationalversammlung endlich wird sich bald mit der Frage zu beschäftigen haben, ob fortan noch Abgeordnete eines Staates, welcher dem Bundesstaate nicht angehört, an ihren Beratungen theilnehmen können, und wir sind überzeugt: jetzt kann die Antwort nicht mehr zweifelhaft sein.

## Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rücktritt der gemeinsamen Regierung, Einsetzung der Statthalterschaft.

NC Schleswig, 26. März, Nachts 1 Uhr. Die heute Abend abgehaltene Sitzung der Landesversammlung bot des Interessanten viel. Alle Zuhörerräume waren dicht besetzt. Zuerst motivirte der Vicepräsident Syndicus Pohn, der Führer der Rechten, seinen Antrag auf eine Danksagung an die gemeinsame Regierung. Er stellte den Antrag als dringlich. Die Linke, Theodor Olshausen an der Spitze, trat gegen die Dringlichkeit auf, und als Einer der Rechten die Taktlosigkeit beging, namentliche Abstimmung zu verlangen, wurde erst diese und dann die Dringlichkeit selbst verworfen. Als es sich demnach darum handelte, ob der Antrag von einem Comité zu prüfen sei, opponirte wieder Theodor Olshausen und die Folge war, daß nur mit 64 St. gegen 31 ein Comité erwählt wurde. Darauf theilte das Präsidium die Acten mit, betreffend die Einsetzung der Statthalterschaft, die mittlerweile stattgehabt hatte. Reventlow-Preeg war bis dahin als Abgeordneter in der Sitzung gewesen. Besefer war gegen Abend angekommen. Das Ministerium eröffnete der Landesversammlung im Auftrage des außerordentlichen Reichscommissärs, Dr. Souchay, die Mittheilung des Letzteren. Diese bestand in einem Schreiben desselben an die gemeinsame Regierung, dem die Verfügung des Commissärs über die Infallirung der Statthalterschaft angeschlossen war. Darnach hat der Reichscommissär die Herren Reventlow und Besefer in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Landesversammlung vom 20. d. M. unter Vorbehalt des dritten von ihnen zu wählenden und von der Reichsgewalt zu genehmigenden Mitgliedes, als Statthalterschaft eingesetzt, die im Namen der Reichsgewalt unter Vorbehalt der Rechte des Landesherren und in Uebereinstimmung mit dem in thatsächlicher Anerkennung stehenden Staatsgrundgesetze bis zum Abschluß des Friedens die Regierung der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein führt. Die unterzeichneten Stellen sind Abweichungen von dem Beschluß vom 20. d. M. Von dem Syndicus Pohn ward daher sofort der Antrag gestellt, daß ein Comité zur Prüfung dieser Bedenken erwählt werde. Dasselbe erstattete nach halbstündiger Pause Bericht, und die Versammlung beschloß auf dessen Vorschlag, sich ihre verfassungsmäßigen Rechte vorzubehalten und hiervon sowohl den Reichscommissär als die Statthalterschaft in Kenntniß zu setzen. Am Schluß sprach der Präsident Barmgum einige kräftige Worte für das Gedeihen der Statthalterschaft zum Heile der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein und ein jubelndes Hoch auf die Statthalterschaft der deutschen, nunmehr reichsunmittelbaren Herzogthümer erscholl. Ueberall war große Freude. Weder die gemeinsame Regierung, noch die Statthalterschaft war zugegen. Letztere wird wohl morgen in der Landesversammlung erscheinen. Erstere hat aber ihr Abtreten noch durch einen Schritt bezeugt, der, längst ersehnt, ihr gut angerechnet wird. Sie hat die Zuchthausstrafe für die 8 jungen Soldaten, die im Herbst vor. J. wegen einer Adresse an die preussische Armee verurtheilt waren, in Festungsstrafe verwandelt.

† Berlin, 28. März. Endlich kommen wir ins Klare. Der „Preussische Staatsanzeiger“ enthält heute folgende halbofficielle Notiz: Zur Berichtigung der von mehreren Seiten im Publikum verbreiteten Nachrichten über eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April sehen wir uns in Stand gesetzt zu melden, daß die königlich dänische Regierung sich dahin erklärt hat, bis zum 3. April die Waffenruhe in jeder Beziehung faktisch fortbestehen zu lassen.

Hamburg, 27. März, 5½ Uhr. So eben ist ein Bataillon preussischer (Posener) Landwehr durch Hamburg nach Altona marschirt. In Harburg ist heute Nachmittag mit der Eisenbahn ein Bataillon bayerische Infanterie, 1100 M. stark, angekommen. (H. B.)

## Deutschland.

Wien, 24. März. In der „Presse“ heißt es: Die militärischen Operationen in Ungarn und Siebenbürgen nehmen die ganze Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch und veranlassen heute einen Theil des Ministeriums, sich zu einer Berathung nach Olmütz zu verfügen. Die neuesten Ereignisse scheinen, mehr als wir gewünscht hätten, die früher von uns ausgesprochenen Ansichten zu bestätigen. Jedenfalls ist der Moment gekommen, um alle verfügbaren Kräfte für die ungarische Campagne in Bewegung zu setzen. Mit dem Vordringen unserer Waffen verlängert sich die Operationslinie. Große Abtheilungen unserer Streitkräfte operiren in einer Entfernung von der Basis, welche eine prompte Leitung und Ueberwachung aus dem Centrum fast unmöglich macht. Wenn schon für die politische Administration die Mithilfe eines Civilbeamten in der Person des Baron Rübeck ad latus des Fürsten Marsschalls nothwendig erschien, so dürfte eine ähnliche Verthärkung der Kräfte zur Leitung der Kriegooperationen nicht minder erforderlich sein. Ein vielfach verbreitetes Gerücht bezeichnet schon seit einiger Zeit den Feldzeugmeister Frhrn. v. Welben als denjenigen General, welcher vorzugsweise bestimmt wäre, diese Leitung unter dem Oberbefehle des Fürsten Windischgrätz zu übernehmen.

Der Militär- und Civilgouverneur von Wien, Feldzeugmeister Welben, macht unterm 26. März folgendes erste Bulletin über die Armee in Italien bekannt: „Der Feldmarschall Graf Radetzky hatte den 19. seine Hauptstärke bei Pavia versammelt; er wollte dem Feinde glauben machen, daß es auf einen Uebergang über den Po und eine Vorrückung gegen Alessandria abgesehen sei. Den 20. wurde der Ticino auf mehreren Punkten überschritten und in 3 Colonnen auf der Straße nach Garlasco vorgeückt; die rechte Colonne erreichte Zerbolo, die mittlere Gropello, die dritte Dorno an diesem Tage. Der Feind, der nur einige schwache Vortruppen am Ticino hatte, schien seinen rechten Flügel unter dem Herzog von Genua, 20 bis 25,000 Mann, in die Linie von Vigevano und Mortara zurückzuziehen. Den 21. marschirte die Armee in 3 Colonnen, die linke von Dorno nach Mortara, die mittlere von Gropello nach Gambolo, die rechte von Zerbolo gegen Vigevano; — diese letztere, bestehend aus dem 2. Corps, die Avantgardedivision Wohlgemuth, drang bis Vigevano vor, wo sie ein glänzendes Gefecht bestand. Die mittlere Colonne — die Division Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Albrecht, die linke Colonne — das erste Armeecorps unter dem General der Cavallerie, Graf Bratislaw — gingen gerade auf Mortara los, das sogleich von allen Seiten mit der größten Tapferkeit angegriffen und endlich erstürmt wurde. Nach drei Stunden war der Feind auf allen Seiten geworfen. 2500 Gefangene, 6 Stabs-, 50 Oberoffiziere, 5 Kanonen, 10 Munitionskarren, eine Masse weggeworfener Gewehre sind die Trophäen dieses ersten Sieges. Der Herr Feldmarschall nennt als vorzüglich durch Muth und Tapferkeit sich auszeichnend, nebst der Division Wohlgemuth, die Division des Feldmarschalllieutenants Haller, bestehend aus den Brigaden Görger und Straßfeld, die Division Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Albrecht, bestehend aus den Brigaden Stadion und Kollowrat; — dem Obersten Benedek an der Spitze des Regiments Gyulai aber gebührt ganz vorzüglich das Verdienst der Erstürmung von Mortara. Der Feldmarschall setzte den 22. in zwei Colonnen, die eine von Mortara über Vespolate, die andere von Vigevano über Treccate seinen Marsch gegen Novara fort.“

— Berlin, 28. März. Sitzung der ersten Kammer. Präsident von Auerswald, am Ministertische v. Manteuffel, v. Strotha, v. Brandenburg, die beiden Vizepräsidenten in Uniform, später Graf Arnim und als Stellvertreter des auch heute als unwohl entschuldigenden Justizministers: der Geh. Rath v. Zühlke. Auch die heutige Sitzung glich im Wesentlichen der vorangegangenen und ist zu den unbedeutenden zu rechnen. Von Interesse war eigentlich nur die Mildeische Interpellation über die Maßregeln zum Schutz der russischen Grenze, und die kleine Debatte über einen Antrag von Goldammer auf vorläufige Genehmigung der Gesetze vom 2. und 3. Januar d. J., die Justizreorganisation betreffend. Vorher ging noch eine Wahlprüfung und die definitive Abstimmung über zwei Zusatzanträge, über die zwar schon einmal abgestimmt worden ist, aber ehe dieselben gedruckt vorlagen. Der eine dieser Zusatzanträge ist von Bergmann zu dem Antrag von Schlieffen und Genossen, betreffend die Abhilfe der Noth der Weber, der andere ist von Rösler zu dem Leueschen Antrag auf Annahme seiner Entwürfe als Gesetze gestellt. Beide Zusatzanträge, über die in den früheren Berichten das Nähere schon enthalten ist, werden angenommen. Eine Interpellation von Fischer, ob und wie weit das Staatsministerium für die Auswanderung und die Colonisation der Auswanderer Sorge getragen habe? erhält nicht die gehörige Unterstüßung und wird zurückgewiesen; eine andere von Daniels an den Justizminister aufgeschoben. Die Interpellation von Milde lautet, wie folgt: Der Minister wolle die Kammer davon in Kenntniß setzen, ob und wie weit die bereits in öffentlichen Blättern enthaltenen Nachrichten über die Anhäufungen großer russischer Truppenmassen längs der schlesischen Grenze begründet sind, da sich mit jenen ernstliche Bejorgnisse für die Dauer friedlicher Beziehungen zum Auslande verbinden; gleichzeitig wolle der Minister der Kammer diejenigen Maßregeln mittheilen, welche von Seiten der Staatsregierung getroffen sind, um den Frieden und damit die Sicherheit der östlichen Provinzen zu wahren.“ Da diese Interpellation zahlreich unterstüßt wird, so erhält Milde das Wort. Es hätte sich viel sagen lassen zur Begründung dieser Interpellation, es hätte ein Tag werden können, wie der der Dyhrnschen Interpellation, Milde zog es indeß vor, die Sache mit Glacehandschuhen anzugreifen. Es war, als ob er die Frage nur stellte, weil sie einmal angezeigt und als ob er für seine Person schon vollkommen beruhigt sei. Er wollte offenbar mit dieser Interpellation der Regierung einen Dienst leisten und es ist ihm im Ganzen auch gelungen. Uebrigens machte der Interpellant aus dieser Absicht kein Hehl. Er sagte unter Anderm: „Meine Interpellation bezweckt allein, dem Gouvernement Gelegenheit zu geben, die Gemüther zu beruhigen.“ Nachdem der Interpellant noch auf die veränderte Stellung Rußlands und sein mögliches Interesse am dänischen Kriege hingewiesen, erbot sich Graf Arnim zur Erwiderung, oder vielmehr, um den unruhigen Gemüthern die gewünschte Beruhigung zu geben. Er habe, erklärt er, über die angeblichen Truppenanhäufungen an der preussischen Grenze Erkundigungen eingezo-gen und das Resultat sei, daß in neuerer Zeit durch-



aus keine neuen Truppen sendungen, insbeson- dere nicht der Abmarsch der Garden an unsere Grenzen stattgefunden. Zum Winter seien, wie ge- wöhnlich, die Truppen in die kleinen Städte und Dörfer dislocirt worden und zum Sommer sei es, seines Wissens, in Russland immer Sitte gewesen, Lager einzurichten und sei auch allerdings davon die Rede, ein solches bei War- schau und ein anderes an der südwestlichen Grenze des Königreichs, nahe der preussischen Grenze, zu beziehen. „Was zweitens die Maßregeln betrifft, fügt der Herr Minister hinzu, welche von der Regierung zum Schutz der Osgrenzen gefordert werden, so muß ich erklären, daß bei dem gegenwärtigen Verhältnisse zu Rus- land, welches bisher stets ein sehr gutes ge- wesen ist, solche außerordentliche Maßregeln nicht noth- wendig erscheinen. Sollte wider alles Erwarten eine Störung der friedlichen Beziehungen zu Russland eintreten, so sind wir überzeugt, daß Preußens treffliches Heer in jedem Augenblick uns Kraft geben wird, jedem feindlichen Andrang zu widerstehen.“ Diese geschickte Wendung, mit einem Lobe der Armee und Anregung des Nationalstolzes zu schließen, brachte dem Grafen Arnim ein Bravo zu Wege. Der sollte dies Bravo dem „sehr guten“ Verhält- niß zu Russland gegolten haben? Ich glaube kaum; denn die meisten Gesichter der ehrenwerthen Abgeordneten vermochten bei jener Erklärung eine gewisse Ueberraschung nicht zu ver- bergen. Auch Hr. v. Vinde, der noch in der vorgestrigen Sitzung der 2. Kammer das Verhältniß zu Russland ganz anders aufstellte, schien das „sehr gute“ Verhältniß ein wenig zu wundern. Wie die Wilde'sche Interpellation das Ministe- rium für die Dyhrn'sche Entschädigung, so schien der nun in der Tagesordnung folgende Goldammer-Bornemann- Rister-Stahl'sche Antrag für den Leue'schen Entschädigung zu sollen. Der Antrag schlägt nämlich vor: „Die hohe Kammer wolle beschließen, der Verordnung vom 2. Ja- nuar über die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und den erimirtten Gerichtsstand, sowie über die anderweite Organisation der Gerichte, ingleichen der Verordnung vom 3. Januar über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersu- chungssachen, wird hiermit die vorläufige Genehmigung erteilt unter Vorbehalt der Abänderung, eventuell der Ab- lehnung bei der baldmöglichst vorzunehmenden definitiven Beratung.“ Die Motive liegen den Antragstellern in dem Beschluß der motivirten Tagesordnung über den Antrag des Abg. Leue, wodurch zwar die Sistrung jener Verord- nungen abgelehnt, aber zugleich ausgesprochen ist, daß die- selben in dem Art. 105 der Verfassungsurkunde, auf deren Grund sie erlassen wurden, nicht begründet sind. Die da- mals mit dem Stahl-Bornemann'schen Amendement unter- legene Partei, die in dieser Frage ministeriell auftritt, die Minorität ist es, welche einen Versuch macht, heute den am 22. verlorenen Boden wieder zu gewinnen. Natürlich spricht Leue dagegen, und sieht aus der Annahme des Antrags eine heillose Verwirrung und gänzliche Rechtsunsicherheit kommen. Es werden in Folge jener Verordnungen unzäh- lige Kompetenzfreirheiten und Verwickelungen entstehen. Die Kammer befindet sich offenbar in einer Verlegenheit und schiebt die ganze Sache, indem sie die Debatte bald schließt, hinaus. Demnächst wird der Antrag durch Majo- rität den Abtheilungen zur Erwägung überwiesen. Die Verlegenheit kommt von dem früheren halben Verfahren. Auf den Leue-Wilde'schen Antrag mußte entweder einge- gangen und dann suspendirt werden, oder, wenn er abge- lehnt wurde, mußte nicht ausgesprochen werden, daß die Verordnungen durch den Art. 105 nicht gerechtfertigt seien. Auf diese letztere Erklärung fußend, können nun allerdings die Parteien die Kompetenz eines zufolge jener Verord- nungen neu eingerichteten Gerichtes bestreiten, und die Richter, welche nur die Rechtsbefähigung der Verordnungen zu untersuchen haben, werden dieselbe, wenigstens für jetzt, juristisch zu begründen nicht im Stande sein. Um dem vor- zubeugen, wird nun wohl die Kammer, weil der erste Schritt einmal geschehen ist, nicht umhin können, den zweiten zu thun, und, dem Ministerium mehr con- cedirend, als sie ursprünglich beabsichtigte, die Ver- ordnungen ganz und gar genehmigen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit kommt es zur neuen Präsidenten- wahl. Zuerst wird von Kuerswald mit 141 von 146 Stimmen (4 fielen auf Giercke, 1 auf v. Alvensleben) wieder zum Präsidenten erwählt, sodann mit 85 Stimmen von 147 zum ersten Vicepräsidenten v. Wittgenstein (Baumstark erhielt 29, Giercke 16, Ritz 1, Brüggemann 11), endlich zum zweiten Vicepräsidenten Baum- stark mit 84 Stimmen von 144 (Brüggemann 35, Giercke 21, Kühne 2, Graf Dyhrn 1, 1 ungiltig). Die Gewählten halten die üblichen Dankfugungsreden und die Sitzung wird um 1 Uhr geschlossen, die nächste aber auf Freitag anberaumt.

\* **Berlin**, 28. März. In der zweiten Kammer hatte heute die Verlesung der ganzen Adresse statt; sie wurde mit 186 gegen 145, also mit einer Majorität von 41 Stimmen angenommen und darauf die Ueberreichung der- selben an Se. Majestät durch eine Deputation von 30 Mit- gliedern beschloffen. Dies gab der Deputation noch einmal Ge- legenheit, ihren gründlichen Haß gegen das Königthum aus- zusprechen, indem sie gegen beides stammte. Die Wahl der Mitglieder der Deputation fand sofort statt. Es befinden sich darunter die Herren Kleist, Biehn, Krahn, Pfeiffer, Graf Poninski, Arnim, Schützmeister, Ebhardt, Tegetmeyer, Schütz, Scheller, Richter (Jerichow), Nibel (Barnim), Elsner (Venep), Koch, Küpper, Martens, Löber, Schellen- berg u. A. Herr v. Mauteuffel gab darauf die Erklärung, daß er im Stande sei, die in der Adresse beantragten Mit- theilungen über den Belagerungszustand zu machen und sie hiermit vorlege.

○ **Stuttgart**, 27. März. Die Kammer der Abgeord- neten kam in ihrer heutigen Sitzung an die fortgesetzte Beratung der Zusätze zu der Gemeindeordnung. Der Ge- segentwurf sagt, daß eine Abänderung der bisherigen Zahl der Gemeinderäthe durch Beschluß des Gemeinderathes und

Bürgerausschusses mit Genehmigung der Staatsbehörde er- folgen könne. Die Mitglieder des Gemeinderaths werden auf sechs Jahre gewählt. Ein von Kübel gestellter An- trag auf vier Jahre erlangte nicht die Stimmenmehrheit. Je nach zwei Jahren tritt ein Drittel aus und wird durch eine neue Wahl ersetzt. Jeder Bürger ist als solcher verpflichtet, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen. Aus- geschlossen von dem Eintritt in den Gemeinderath sind diejenigen, welche mit dem Vorstand oder einem andern Mitgliede im ersten oder zweiten Grad verwandt oder verschwägert sind. Eine Dispensation von diesen Bestim- mungen kann nur auf den Antrag des Gemeinderaths und Bürgerausschusses von dem Oberamte erteilt werden. Freiherr v. D. w. wollte die Schwäger nicht aus- geschlossen wissen, Vogel wollte überhaupt die Dispen- sation nicht gelten lassen; beide Anträge wurden jedoch ab- gelehnt. Die Wahl der Gemeinderäthe ist jedesmal im Monat December vorzunehmen und soll, um das Gemeinde- leben zu erfrischen und zu stärken, mit einer gewissen äuß- fern Feierlichkeit umgeben werden. Schnitzer verlangte einen bestimmten Tag für alle Gemeinden des Landes, was aber nach längerer Debatte abgewiesen wurde. Wäh- rend der Regierungsentwurf verlangte, daß Wählerlisten bloß in den Gemeinden erster Klasse angefertigt werden sollen, beschloß die Kammer mit 39 gegen 32 Stimmen, daß dies in sämtlichen Gemeinden gleichmäßig zu geschehen habe. Die Anlegung von Wählerlisten scheint besonders bei der Ausdehnung des activen Wahlrechts für alle Gemeinden zu Sicherung der Wahlrechte der Einzelnen, zu Beurtheilung von Beschwerden und zu Vermeidung von Nichtigkeiten sehr zweckmäßig. Die Bornahme der Wahl ist in allen Ge- meinden mindestens acht Tage zuvor mit Bestimmung des Zeitpunktes der Eröffnung und des Schlusses der Wahl- handlung in der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen. Die Abstimmung geschieht geheim, ein Wahlverfahren, das sich immer mehr als das zweckmäßigste bei politischen Wahlen geltend macht, weil der Wähler da- bei am unabhängigsten seiner politischen Ueberzeugung fol- gen darf. Der Antrag von Kopp, in einem Zusatzartikel auch für die Wahlen des Ortsvorstehers und des Bür- gerschaftsausschusses geheime Abstimmung festzusetzen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Um eine Garantie für die geheime Abstimmung zu gewinnen, wird Vogel's Antrag genehmigt, daß erst nach ganz vollendeter Wahl die Stimmzettel eröffnet und die Stimmen gezählt werden dürfen. Zwei weitere Artikel des Regierungsent- wurfs verlangen, daß zur Gültigkeit einer Wahl erforder- lich ist, daß mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt hat, und daß jeder Wahlberechtigte verpflich- tet ist, sein Wahlrecht auszuüben, sofern ihn nicht genü- gende Entschuldigungsgründe verhindern. Durch letztere Bestimmung sollte ein bisher gesetzlich unentschiedener Satz festgestellt werden. Auch wird die Frage, ob die Forderung eines Minimums im jetzigen Recht gegründet sei, von Manchem verneint, und namentlich die Städteordnung für die preussische Monarchie vom Jahr 1831 folgt dieser Ansicht. Reyscher sprach für den Regierungsentwurf und ging noch weiter, indem er den zur Wahl Säumigen mit Strafen, mit Entziehung des Wahlrechts gebröt wissen wollte, indem er wenigstens die Hälfte zur Abstimmung noth- wendig hielt, wenn nicht der Gemeinderath das Selbst- gänzungsrecht haben sollte; Kanzler Wächter dagegen und Andere erklärten sich auch hier gegen allen Zwang und für Gültigkeit der Minoritätswahlen, indem in ihnen ein indi- rectes Vertrauen der Majorität liege. Die zwei Artikel des Entwurfs wurden sofort gestrichen und dafür der Antrag von Bunz in das Gesetz aufgenommen, daß, wenn die Wahlberechtigten nicht zur Hälfte erschienen seien, ein wei- terer Termin zur Fortsetzung der Wahl, mit Bekanntma- chung der abgegebenen Stimmen, anberaumt werden, dann aber das Resultat der Wahl seine Gültigkeit haben solle.

8 **Gotha**, 27. März. Heute Morgen übergab der am Sonntag von Frankfurt wieder zurückgekehrte Staatsmini- ster v. Stein den Landständen während ihrer Sitzung die von denselben ausgearbeitete und vom Herzog anerkannte und unterschriebene Verfassung für das Herzogthum Gotha. Die Publication dieses Staatsgrundgesetzes wird in den nächsten Tagen erfolgen. In dem Begleitschreiben des Herzogs sprach sich wiederholt der Wunsch einer baldigen engen Vereinigung der beiden Herzogthümer Coburg und Gotha aus. — Noch vor Ende dieser Woche wird der Herzog von hier nach Schleswig-Holstein abreisen, um die ihm vom Reichsministerium übertragene Stelle eines

Obercommandeurs über den thüringischen Theil der Reichs- truppen anzutreten.

## Frankreich.

\* **Paris**, 27. März. Wie sehr die französische Regie- rung gegen die unausgesetzten Bestrebungen der anarchischen Factionen anzukämpfen hat, davon gibt ein in dem gestri- gen Moniteur enthaltener Artikel den deutlichsten Beweis. „Wir sind Zeugen eines großen Schauspiels“, heißt es in demselben; „auf der einen Seite sehen wir das ganze Land jene Lebensfrische wieder gewinnen, welche aus Vertrauen, Arbeit und Wohlfahrt, mit einem Worte aus der Ordnung entspringt. Auf der andern Seite sehen wir eine an Zahl, Tugenden und Einsicht schwache Partei, die sich im Kampfe gegen die Zwecke und Hoffnungen der Gesellschaft abquält und dieselbe noch durch die letzten Zuckungen ihrer hinstre- benden Agonien beunruhigt. In der Normandie steigen die Viehpreise; in Mittel- und Südfrankreich kommt Korn aller Art wieder auf seinen ordentlichen Werth. Die Sei- denfabriken, die Eisenhütten, die Waffenschmiede sind wie- der in Thätigkeit. Wäre die rohe Baumwolle nicht so theuer, so würden Spinner und Weber die nämliche Wohlfahrt genie- ßen. In fast allen Sparbanken der Republik übersteigen die wöchentlichen Einlagen die Rückzahlungen. Der Ertrag der in- directen Steuern ist wesentlich gestiegen und die Eingangszölle zu Paris haben in den ersten zwölf Wochen dieses Jahres, mit 1848 verglichen, um 540,000 Fr. zugenommen. Dies sind die Früchte der Ordnung und ihnen wollen wir die Versuche gegenüberstellen, welche das Land aufregen. Jeden Tag kann man in den socialistischen Journalen Aufreizungen zum Aufruhr und Aufrufe zu den Waffen lesen. Noch klarer werden die furchtbaren Gelüste, welche im Busen der Anarchie keimen, in Placaten enthält, wie sie z. B. dieser Tage zu Amiens angehängt wa- ren und worin es heißt: „Blut! Das Volk König, Gleich- heit, Rache! Vertilgung der Reichen und der Regierungs- beamten! Gold oder Blut! Häuser zu verbrennen und Reiche zu guillotiniern oder zu hängen.“ Aber die Faction be- schränkt sich nicht auf Journalartikel, Placate oder auch nur auf vereinzelt Geschrei. Sie muß das ganze Treiben des Tumults auf den öffentlichen Marktplätzen haben. So versammelten sich zu Pezenas, um die Ankunft eines be- kannten Clubisten zu feiern, 300 Leute und durchzogen un- ter dem Rufe: „Nieder mit L. Napoleon! Nieder mit den Bonapartisten! Die Carlissen an die Laterne!“ die Stadt. Zu Lodève insultirten die Mitglieder eines von Gerichte- wegen geschlossenen Clubs, die sich trotzdem wieder veram- meln wollten, einen Polizeicommissär, schlugen einen Poli- zeibeamten zu Boden und konnten nur durch die aufgebo- tene bewaffnete Macht auseinandergejagt werden. Zu Pra- des kamen 400 Kerle mit Fackeln, einen Fahnenträger mit rother Mütze voran, zum Unterpräfekten und verlangten die rothe Mütze. Der Unterpräfekt forderte sie zum Ausein- andergehen auf und nahm dem Fahnenträger die rothe Mütze vom Kopfe, worauf die Clubisten mit einem Steinhagel antworteten. Die Fackeln wurden nun ausgelöscht, die Be- amten waren in Lebensgefahr und konnten erst um 10 Uhr Abends den Tumult unterdrücken. Zu Revers schoß man aus einem schlechten Hause auf eine Patrouille und die Thäter konnten nur nach lebhaftem Widerstand verhaftet werden. Solchen Empfang finden unsere braven Soldaten bei Menschen, welche ihre Treue durch aufrührerische Schreie zu verderben suchen. Zu Bouziers wurde sogar am 19. ein alter Soldat von einigen Männern, die ihn vergebens zur demokratisch-socialen Republik zu befehren suchten, mörderisch überfallen und durch drei Wun- den so zugerichtet, daß er für todt liegen blieb. Dies sind die Thaten des Socialismus, dies die Früchte des scheuß- lichen Propagandismus, wodurch diese Partei alle gu- ten Gesinnungen in einem Lande zu vernichten sucht, das keinen andern Wunsch hegt, als durch seine Ar- beit unter dem Schatten der Freiheit zu leben.“

## Börsenberichte.

**Berlin**, 28. März. Staats-Schuldscheine 79½ bez. u. Br., See- handlungs-Prämien-Scheine 99 c/w. bez., Bankantheile 86½, G., Berlin-Damberg 50 u. 50½, Köln-Minden 75 bez. u. Br., Fried. Wilh.-Nordb. 32½ bis 3½ bez., Rhein. 48 Br., Thüringische 48½ zu machen, Russische 4pCt. bei Stieglitz 36 G., Poln. 500 fl. Kofo 72½ bez., Neue Bad. Aal. à 35 fl. 15½ G.

Die gütliche Stimmung für Fonds und Eisenbahnactien dauerte fort, und mehrere wurden besser bezahlt; das Geschäft blieb un- bedeutend.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Malten.

Cours der Staats-Papiere. 30. März 1849. (Schluss der Börse.)										Wechsel-Cours.			
		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.	Den 30. März.		Papir.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	723 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	721 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Württemberg.	Obligationen b. Roths.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	781 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	773 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Amsterdam	k.S.	—	100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
	» ditto ditto . .	4	571 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	565 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>		»	Neue Württemberg.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93	(100 fl. Cr.)	2M.	—
	» ditto ditto . .	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	381 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	38	Nassau	Obligat. b. Rothsach.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	803 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	801 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Augsburg	2M.	1197 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	—
	» Bank-Actien o. D. .		1154	1149	»	fl. 25 Loose . . . . .		203 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	201 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	(100 fl. Cr.)	2M.	—	—
	» fl. 250 Loose n. Roth.		761 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	76	Frankfurt	Obligationen . . . . .	3	771 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	77	Berlin . . . k.S.	1051 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
	» fl. 500 » ditto		124	123	»	ditto v. 1839	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	921 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	913 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	(60 Thlr.)	2M.	—	—
Preussen	Bethmann. Obligat.	44 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	633 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	631 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	»	ditto v. 1846	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	881 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	88	Bremen (50	k.S.	—	983 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
	» ditto ditto	4	62	61 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	»	Taunusbahnactien .		288	285	Rthlr. i. L. dor	2M.	—	—
	Staatsschuldscheine	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	80	791 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Holland	Integrale . . . . .	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	483 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	481 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Hamburg . .	881 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	88	—
	Prämien-scheine . .		—	100	»	Holländische . . . . .	4	—	761 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	(100 Mk. Dco)	2M.	—	875 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
	Bayern . Obligationen . . . .	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	793 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	787 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	Spanien	Syndicats . . . . .	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	77	Leipzig (60	k.S.	1051 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—
	Darmstadt	fl. 50 Loose . . . . .		691 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	683 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	»	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	Thlr.) i. d. M.	—	—	—
Baden	» fl. 25 ditto . . . . .		22	21 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	»	Innere Sch. neue Obl.	3	221 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>	217 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>	London . . .	k.S.	—	1205 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
	» Obligationen . . . . .	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	781 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	773 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Portugal	Consols Lst. à fl. 12.	3	—	—	(10 Livr. St.)	3M.	—	1207 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
	» ditto . . . . .	4	861 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	853 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Polen	fl. 300 Lott. Loos Rth.		971 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	Lyon . . . .	k.S.	—	951 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
	» Obligationen v. 1848	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	761 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	76	»	Obligationen d. fl. 500	4	731 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	73	(200 Fr.)	2M.	—	—
	» fl. 50 Loose v. 1840		47	461 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Russland	in R. fl. 2. b. Grun. et C.	4	—	811 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Mailand (50	k.S.	985 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	—
	» fl. 35 Loose . . . . .		271 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	271 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	811 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Lir. Austr.)	2M.	—	—
Gold.		fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.		Brief.	Geld.			
Pistolen . . . . .	9	55	Gold al. Marco	382	—	—	Kurhessische Loose . . .	271 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	27	Wien (100 fl.)	k.S.	1041 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—
Pr. Friedrichsd'or	9	56	Laubth. & Garze . .	—	—	—	Sardinische Loose . . .	27	—	im fl. 20 F.	3M.	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler . . .	—	—	—	Cöln-Aachen . . . . .	—	—	Disconto . . . .	—	—	1
Rand Ducaten . . .	5	38	5 Frankenthaler . .	—	—	—	Cöln-Minden . . . . .	757 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	753 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>				
20 Francsstücke	9	38	Hochhaltig Silber . .	24	30	—	Ludwigsh.-Bexbach . . .	715 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	711 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>				
Engl. Souverains	12	3	Gering u. mittelh. . .	24	20	—	Frdr.-Wilhs.-Nordbahn .	831 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	331 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>				
Nach der Börse: 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> pCt. Met.—; 3pCt. Span. Inl.—; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.)—; Ludw.-Bexb.—; F.-W.-Nordb. — G.													